

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75, für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M incl. der Postgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 39, und sämtliche Postämter.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Preistheile:
Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 S. Colunne
Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 S. — Reklame
3-gespaltig 1 M 50 S. — Colunne 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 23. Februar.

1. Abg. Am Ministerstisch: Dr. v. Gopler u. A.
Das Haus tritt in die zweite Lesung des Kultusgesetzes.
Der Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer
Erwiderung auf die Erklärung des Abg. Berger vom 12. d. M.
Abg. Hütten, welcher bezüglich der Erklärung vom 9. Januar
1887 in Wort und Schrift, daß bei derselben die 193 Stimmen
nicht auf ihn gefallen seien. Er habe frei und offen, sich in
diesem Punkte zu äußern. Zur Klarstellung habe er sich an
den damaligen Wahlkommissionar gewandt und dadurch erfahren, daß
die drei Stichwahlen stattgefunden, er die zweite mit der dritten
verloren, also ein Versehen begangen habe, welches bei der Länge
der seitdem verstrichenen Zeit, einem Versehen zuzurechnen, wohl er-
klärlich und entschuldigend sei. Redner bringt außerdem Anekdoten
aus damaligen Zeitungen bei, denen zufolge er damals nicht der
fortschrittliche Kandidat gewesen sei, die fortschrittlichen Stimmen
hätten sich bei der Stichwahl auf ihn vereinigt, weil er das poli-
tische Programm der Fortschrittler im Wesentlichen gebilligt habe.
Ausschließlich aber habe er damals erklärt, daß er in der kirchlichen
und Schulfrage von den Fortschrittler abweichend.
Bei Titel 1 der Einnahmen: Evangelischer Kultus, bemerkt
Abg. v. Meyer-Walden: Ich bin sonst mit dem Etat in
allen Punkten einverstanden, nur meine ich, daß der Minister
etwas in Knapp bemessen ist. Direkt im Interesse der Kultus-
stellen nur 470 M. mehr gefordert, nämlich zur Erhöhung des
Fonds für lebende Modelle bei der Kunstakademie in Königsberg.
Im weiteren bedauert Redner, daß der Minister noch immer nicht
ein Schulbetriebsgesetz vorgelegt habe. Man möge bei den Ge-
leichterungen der Schulstellen nicht bloß die Gutsbesitzer, sondern
auch die Bauern berücksichtigen.
Der Titel wird bewilligt.
Zu Titel 3: Öffentlicher Unterricht erklärt
Abg. Hagen (nl.): Die Verhältnisse an dem neu zu errichten-
den evangelischen Seminar. Dasselbe werde von der größten Be-
deutung für unsere gesamten Verhältnisse sein mit dem Orient
werden, indem nicht nur den Gelehrten, sondern auch dem
Handelsstande bereits hier Gelegenheit geboten wurde, die lebenden
Sprachen des Orients zu erlernen.
Die Einnahmen werden bewilligt.
Zu Titel 1 der Ausgaben (Gehalt des Kultusministers)
erklärt

Abg. Dr. Windthorst: Es hat dieser Titel früher zu ein-
gehenden Erörterungen über die Lage der Kirche Anlaß gegeben,
auch jetzt läge dazu Stoff genug vor, indem meine Freunde und ich
Anlaß, daß es richtig ist, heute diese Erörterungen nicht zu
machen. Es ist eine neue kirchenpolitische Lage an das Herren-
haus gelangt, und wir haben kaum Zeit gehabt, sie gründlich zu
studieren, und werden, wenn wir es auch gehabt hätten, kaum in
der Lage sein, schon jetzt über eine Vorlage und zu äußern, die
jüngst in dem andern Hause beraten werden muß. Die
ferne Entzweiung der Kirche zum Kultusetat und zu weiteren
prinzipiellen Erörterungen Veranlassung geben sollte, steht dahin.
Sind wir mit ihr unzufrieden? Einzelne Beschwerden
nicht prinzipieller Art werden bei den betreffenden Titeln
vorkommen, aber ich wiederhole, prinzipielle Erörterungen
im allgemeinen sehen wir für heute zurück.
Abg. Schrowitz (Pole): Wir haben nichts untersucht ge-
lassen, die Regierung davon zu überzeugen, daß die Schulverhält-
nisse in Westpreußen und Posen den Bedürfnissen nicht entsprechen.
Alle Abgeordneten stimmen darin überein, daß der Volksschulunter-
richt sich vor allen Dingen auf der Mittelstufe aufbauen muß.
Darnach wird bei uns nicht gehandelt, denn das Bestreben, die
polnische Sprache zu verdrängen, ist in der letzten Zeit nur immer
schlimmer geworden. Durch solches geistiges Festsitzen schärfte
man nur Erbitterung und schadet dem Staatswesen. Redner klagt
über die massenhafte Verweisung von Gymnasial- und Realschul-
lehrern polnischer Nationalität in Westpreußen und Posen und
bittet die Regierung um die Angabe genauer Zahlen über diesen
Export von Staatsbeamten, damit man sich ein Bild von den
leidenden Grundfragen machen könne. Wäre es nicht nur Aus-
länder ausgewiesen, jetzt komme die zwangsweise Ausweisung von
Polen aus bestimmten Provinzen. Im Schulwesen sei doch jeder
Wechsel vom Uebel, um so mehr aber hier, wo das Kind mit Holz
und Meißel vor der deutschen Sprache durch die Methode der
neuen Lehrer erfüllt werden müsse. Das Ministerium müsse sich
sorgfältig dann auch in das Haus über und von einer gebührenden
Erhebung könne dann nicht mehr die Rede sein. Dafür werde sogar
noch Geld gefordert, denn für die Germanisierungsbestrebungen habe
die Regierung stets beidemalig viel Geld. Dazu käme die bei-
seitige Härte und Rücksichtslosigkeit, mit welcher man bei den
Zwangsbewegungen verfähre, man verziehe die Lehrer in die ent-
ferntesten Provinzen, damit sie ja nicht in den Provinzen Freunde
und Bekannte in der alten Heimath besuchen könnten.
Während die nach Westen versetzten Lehrer stets Gehalts-
zulagen erhielten, wies man den von dort Vertriebenen stets
Dienste aus den niedrigen Dienstklassen an. Kränkungen, Ent-
lassungen und wechselnde Ungewißheit lasse man einwirken auf
die Unglücklichen einwirken. Das geheisse Alles in einer Zeit, wo
man mit sozialen Reformen und Altersversorgung hantelte. Die
Dienstleistung solle doch mehr Wohlwollen gegenüber einer Minorität
zeigen, welche sich immer jünger werden erwiesen habe.

Kultusminister Dr. v. Gopler: Ich will mich hier nur aus-
sprechen über die Angriffe und Vorwürfe, welche der Redner der
Regierung über die sogenannten Massenverweisungen von Lehrern
gemacht hat. Der Herr Redner verkennt die rechtliche Grund-
lage dieser Verweisungen, es handelt sich nicht um Disziplinar-
maßnahmen, sondern um die Verweisung der Regierung nach dem
Disziplinargesetz von 1851 gegen Staatsbeamten verfahren zu können,
wenn damit nicht eine Verminderung des Gehalts verbunden ist.
Daher hinaus hat die Regierung nun durch das vorliegende Gesetz
weitergehende Befugnisse erhalten. Das ist ein Schritt, den eine
politische Maßregel handelt, unterliegt keinem Zweifel, die
Verweisungen haben sich aber nur auf diejenigen dringenden
Fälle erstreckt, in denen Thatsachen ergaben, daß Lehrer den Auf-
gaben des Unterrichtes durch ihr national-politisches Verhalten nicht
genügend. Nach diesen Gesichtspunkten sind die Verweisungen ein-
getreten oder angedroht worden, denn ausgeführt sind sie erst zum
Theil, und zwar betreffen 12 Fälle höhere Lehranstalten, ebenfalls
12 Seminare und Präparandenanstalten und 63 beziehen sich auf
Elementarlehrer. Ungefähr giebt es 3000 Lehrer polnischer Natio-
nalität auf dem Gebiete des Elementarunterrichts in den beiden
Provinzen Westpreußen und Posen; ob Sie diese Verweisungen dem-
nach als massenhafte bezeichnen wollen, stehe ich Ihnen anheim. Bezüglich
des Vorwurfs kann ich nur versichern, daß wenn es schon ungenügend
ist, aus politischen Rücksichten solche Verweisungen einzutreten zu lassen,
es und dann erst recht bedauerlich ist, in der praktischen Ausführung
Alles zu vermeiden, was als Härte und Rücksichtslosigkeit von jener
Seite bezeichnet werden könnte. Es ist richtig, daß die Lehrer an
den höheren Bildungsanstalten Westpreußen und Posen im All-
gemeinen nach unseren westlichen Provinzen gekommen sind, aus
dem einfachen Grunde, weil sich dort katholische Anstalten in größerer
Anzahl befinden. Das ist doch also eine Rücksicht gegen die Lehrer.
Daher die Orte in niedrigeren Dienstklassen sich befinden, ist un-
richtig; Orte, wie Münster, haben keine niedrigeren Dienstklassen als
Gulm, Thorn, Posen. Daß die Verweisungen unter Umständen tief
eingreifen in die persönlichen Verhältnisse der Lehrer, habe ich ja
angemerkt, aber ich habe den Grundlaß ausgesprochen, daß so-

weit es irgendwie möglich ist, eine Berücksichtigung der persönlichen
Verhältnisse stattfinden und die Lehrer vor Unbilden geschützt werden
sollen. Ich habe mit den meisten der Herren Lehrer
persönlich verhandelt und auch Anordnungen getroffen, daß ihnen
Unterstützungen überwiesen wurden, sei es zur Ueberbrückung oder,
wie in einem Fall, um einen doppelten Haushalt zu ermöglichen.
Ich kann nur versichern, daß ich in allen Fällen volles Verständnis
bei den Lehrern gefunden habe. Ein einziger Fall ist darunter, der
dem Vorwurf ausgesetzt sein könnte, als ob die geist-
liche Verweisung nicht genug berücksichtigt sei. Er betrifft
das Gymnasium in Posen, aber ich habe zugleich anerkannt,
daß ich da einen Wandel eintreten zu lassen wünschte.
Was den Fall betrifft, wo der Lehrer im Anrücken geachtet
sein soll, so sind hier eingehende Verhandlungen, persönliche und
schriftliche, gepflogen worden. Der Lehrer ist im Anrücken und
dürfte wohl jetzt nicht weiter auf seinem Standpunkte beharren.
Es ist auch richtig, daß der verleihte Lehrer handschriftlich gewesen
ist. Er hatte aber das Haus nicht erworben durch den Fleiß seiner
Hände, sondern durch eine Erbschaft seiner Frau. Nun räume ich
ein, daß das Unbequemen im Gefolge hat, aber die Lehrer
befanden sich da doch in denselben Verhältnissen, wie die andern
Staatsbeamten. Es trägt kein Haus danach, wenn Eltern- oder
andere Vermögensgegenstände im Interesse des Dienstes
verkauft werden. Das passiert alle Tage, im großen und ganzen
ist da doch weiter kein Anlaß, besondere Anlagen zu erheben.
Ich wiederhole, daß ich alle Anstalten getroffen habe und treffen
werde, um die Härten, die innerhalb dabei eintreten können, durch
Unterstützungen oder auf andere Weise auszugleichen. Richtig ist ja
nun, daß ein Theil der Lehrer, welche an die Stelle der Vertriebenen
getreten sind, Zulage erhalten hat. Das ist aber meiner Ansicht
nach durchaus richtig. Denn diese Lehrer haben sich, wenn sie nach
den Westen kommen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber, die
sich gerade in der ersten Zeit als recht erheblich herausstellen.
Was speziell die Lehrer höherer Bildungsanstalten anbelangt,
so liegen die Schwierigkeiten namentlich darin, daß ich einen Tausch
nur da eintreten lassen kann, wo die Fakultäten die wesentlichen
gleichen sind. Lehrer höherer Anstalten haben ja keinen allgemeine
Vollmacht, wie die Elementarlehrer, sondern jeder hat seine bestimmte
Fakultät. Was die Elementarlehrer betrifft, so ist die Zahl von
68 gegen die Hauptstädte doch eine geringe. Es ist eine Verweisung
eingetreten aus dem Regierungsbezirk Danzig in 10 Fällen, Marien-
werder in 21, Bromberg in 13, Posen in 24 Fällen. Diese Lehrer
sind, so viel ich weiß, in katholische Stellen gekommen, so weit sie
katholisch waren, und an ihre Stelle konnten Lehrer theils anderer
Konfessionen. Diese treten aber nicht in die offenen Stellen, son-
dern es finden anderweitige Verchiebungen nach dem verständigen
Ermeßen der Regierung statt.

Ich plane nach allem, was hier zur Verhandlung gekommen
ist, daß es sich zwar um einschneidende Maßregeln handelt, um
eine politische Nothwendigkeit, aber nicht um eine massenhafte Ver-
weisung, als ob die Bevölkerung ausgetauscht werden sollte und daß
so weit es irgend geht, in allen Fällen Rücksicht genommen wird
auf persönliche, Familien- und Vermögensverhältnisse der Lehrer,
um Alles fest zu halten, was als Strafe angesehen werden könnte.
In diesem nach Gerechtigkeit strebenden Verfahren werde ich ver-
harren, um die Vorteile zu erlangen, welche wir erhoffen haben.
(Beifall rechts.)

Abg. v. Geyers (Pole) behauptet, daß ein Lehrer, der aus
dem Westen in die polnischen Provinzen versetzt worden und der
polnische Sprache nicht mächtig sei, seinem Berufe nicht nach-
kommen könne. Diese Ansicht werde auch von vielen Deutschen
getheilt. Daß die Polen es nicht zugeben mit solchen Kenntnissen,
man ihre Kinder gewaltsam germanisire, sei doch natürlich. Man
habe verprochen, den Polen die Kenntniß des Deutschen als Staats-
sprache unter den Polen zu verbreiten; in Wirklichkeit aber ver-
biete man in der Schule den Kindern, auch nur privatim unter
einander polnisch zu sprechen.

Abg. von Jagdzewski (Pole) versteht gleichfalls nicht, wie
man die Ziele der Schule mit Lehrern, die der polnischen Sprache
nicht mächtig seien, erreichen wolle; es wolle die Polen mit tiefstem
Schmerz erfüllen, wenn sie sehen, wie man überall nur aus
politischen Gründen vorgehe und daß man selbst in der Schule
politische Unterrichte wolle. Auch an den polnischen nach dem
Westen versetzten Lehrern werde der Staat nur ungünstig verfahren
und darum nichts Tüchtiges leistende Beamte haben. Redner bittet
deshalb den Minister, von dem verderblichen jetzigen System, wenn
es auch auf Geheiß beruhe, abzulassen oder es wenigstens ein-
zuschränken.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.): Da die Verweisungen auf
Geheiß beruhen, so können wir hier dagegen nichts thun; aber wir
können doch darüber wachen, in welcher Art das Geheiß ausgedrückt
wird. Ein klares Urtheil über die Verweisung der Gymnasiallehrer
können wir nicht erlangen, so lange wir nicht genaue Zahlen über
die erfolgten Verweisungen haben. Daß die nach dem Westen versetzten
Lehrer in Folge ihrer Unzufriedenheit und der Unkenntnis der neuen
Verhältnisse selbst bei bestem Willen nicht Dasselbe leisten können,
wie die einheimischen Lehrer, ist doch klar, und ich begreife nicht,
wie man gerade die westlichen Provinzen als Strafkolonien be-
nutzen kann. Die ganze Maßregel ist der beste Beweis dafür, daß
bei uns nur nach mechanischen Gesichtspunkten verfahren wird, und
wir werden auf sie bei der Schulfrage noch einmal zurückkommen
müssen. (Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Der Titel wird bewilligt.
Das Kap. 116 (Katholische Geistliche und Kirchen)
enthält als „Zuschuß zur Remuneration der katholischen Hilfsgeist-
lichen in Cuxen 800 M. (künftig verfallen)“. Abg. Mooren
(Centrum) beantragte, die Posten auf 1200 M. zu erhöhen und
sie dauernd in den Etat einzuführen.

Der Antrag Mooren wird der Budgetkommission überwiesen,
das Kapitel im Nachtrage bewilligt.
Ueber das Kapitel 116a (Gehalt für den altkatholischen
Bischof) wird auf Antrag des Abg. v. Schorlemer-Mast gefordert
abgestimmt, wobei es gegen die Stimmen des Centrums, der Polen
und des Abg. Träger bewilligt wird.

Zu Kap. 119 (Universitäten) Tit. 1 (Universität Königs-
berg) empfiehlt

Abg. Dr. Heichenperger (Centr.) eine Reform des akade-
mischen Studiums; namentlich die Frage der Mithilfe der
ungeeigneten akademischen Freiheit ließen sich nicht abweisen.
Die Nothwendigkeit einer Reform sei von vielen Autoritäten und
bedeutenden Universitätslehrern anerkannt, auch von Professor
Schneider, der insbesondere auf die beim juristischen
Studium hervorgetretenen Uebelstände hingewiesen habe.
Zur Abhilfe empfahle Schneider mit Recht eine genaue Kontrolle
des Besuchs der Vorlesungen. Redner hält es ferner für nöthig,
daß die Professoren ihre Hörer durch regelmäßige Prüfungen, über
welche die Eltern und Vorstände Bericht zu erstatten sei, besser
überwachen. Bei den jetzigen Zuständen verlernen die Studenten
an der Universität das Lernen selbst.

Kultusminister Dr. v. Gopler: Die Frage nach der Auf-
besserung des juristischen Studiums hat in der Unterrichtsverwal-
tung schon seit lange ein volles Verständnis gefunden. Ich bin
daher allen Vorschlägen, die bekannt geworden sind, näher ge-
treten, und habe mich Jahre lang bemüht, alle gebotenen und mög-
lichen Schritte zu thun. Redner hält es ferner für nöthig,
daß die Professoren ihre Hörer durch regelmäßige Prüfungen, über
welche die Eltern und Vorstände Bericht zu erstatten sei, besser
überwachen. Bei den jetzigen Zuständen verlernen die Studenten
an der Universität das Lernen selbst.

Das eingegangene Material ist noch nicht durchgearbeitet,
aber der Eindruck besteht, daß eine Verbesserung gegen frühere
Zeiten nicht eingetreten ist. (Beifall, Fort.) Daß absolut noch
manches zu wünschen übrig ist, ist ja allerdings richtig. Wir sind
auch in eine Untersuchung darüber eingetreten, ob gewisse Klagen
ihren Grund haben sei es in den Einrichtungen des Kollegs, der
Anzahl der Stunden des Kollegs, in der Person des Vortragenden
u. s. w. Weiter habe ich sämtliche Bibliotheksverwaltungen zu
einer vertraulichen Konferenz darüber veranlaßt, in welchem Um-
fange bei den einzelnen Fakultäten die Bücher der Bibliothek be-
nutzt werden, und zwar ersten Bücher des Rechts und zweiten
Bücher, welche auf allgemein bildendem Gebiete liegen; und da
kommen allerdings die Juristen am schlechtesten weg.

Unter den Vorschlägen zur Abhilfe heizt noch die bedauer-
lichste Verschiedenheit. Ich habe mir sieben Hauptvorschläge notirt:
1) Den Schmöller'schen, man solle den Besuch der Studierenden kon-
trolliren; diese etwas mechanische Zählweise hat den entschiedensten
Widerstand gefunden und keiner der Dozenten ist ihm beigetreten.
2) Für das Zwischenexamen spricht ja von vornherein so mancher,
aber bei näherer Betrachtung sind Dozenten und Praktiker dagegen.
3) Die Ausdehnung des Studiums auf 4 Jahre. 4) Das Examen
wieder in die Fakultät zu verlegen. Dagegen wenden sich die
Praktiker mit Entschiedenheit. 5) Eine Theilprüfung ein-
treten zu lassen. Man soll am Schluss des Studiums das
öffentliche und private Recht theilen und nun schritt-
weise prüfen und zwischen den einzelnen Prüfungen
zur weiteren Vorbereitung ein Spatium lassen. 6) Den obligaten
Besuch von Seminarien bestärken namentlich von Juristen.
7) Klein eigenthümlicher Vorschlag von demjenigen Herrn ausgegangen,
welcher den Schmöller'schen bekämpfte: Man soll das juristische Studium
abkürzen und das erste Examen auf das Vorkursus beschränken,
dann die jungen Leute als Referendarien in den praktischen Dienst
überführen, sie dann wieder auf die Universität schicken, sie öffent-
liches Recht hören und dann in eine neue Prüfung eintreten lassen.
Diese sieben Vorschläge sind alle von bedeutender und für ihr Fach
begeisterten Männern gemacht worden, und es wird mir schwer, da
das richtige Maßwasser zu finden; aber ich strenge mich unangenehm
an, dies zu thun. — Was den Juristen'schen Vorschlag wegen der
Seminare betrifft, so ist es ja richtig, daß das Unterscheidende im
juristischen Sinne bleibt, daß die jungen Leute sich nicht nur nach
der gelehrten Seite hin anstrengen, sondern auch mehr nach der
praktischen, und die Errichtung von Konseratorien u. s. w. würde
sich wohl empfehlen.

Was schließlich die Besetzungsverhältnisse für unsere Professoren
betrifft, so läßt sich das nicht so mechanisch regeln, wie andere
Besetzungsverhältnisse. Bei uns in Preußen besteht eine Vereinbarung
zwischen dem Kultusminister und dem Finanzminister für jede
Universität über die Durchschnittsbeseitigung. Es ist ein Minimum
und ein Maximum festgelegt; das Maximum darf nur mit Zu-
stimmung des Finanzministers überschritten werden und über einen
gewissen Punkt hinaus ist die allerhöchste Genehmigung nöthig.
Es ist also dafür gesorgt, daß das Budget des Kultusministers
eine angemessene Grenze findet. Allerdings ist die preussische Un-
tersichtsverwaltung durch die Universität's Erziehung in eine schwierige
Lage gekommen, da bei Uebernahme der letzteren eine Reihe an-
geworbener Lehrer mit sehr hohen Gehältern, wie sie bei uns nicht
gekauft werden, vorhanden waren. Eine Durchbrechung der Sache
wird immer eintreten müssen, wo es sich darum handelt, einen
bedeutenden Lehrer zu fesseln, da oft, namentlich an kleineren
Universitäten, es auf die Person des Lehrers sehr ankommt.
Eine durchgehende Berücksichtigung der Genere bei der Besetzung
der Gehälter, wie es von Schulleuten gewünscht ist, läßt sich nicht er-
reichen, da die Honorare der Professoren von 0—15000 schwanken.
Wo aber die Dozenten durch die Natur ihrer Wissenschaft nie in
die Lage kommen können, eine große Zahl von Gehältern zu haben,
da nimmt die Unterrichtsverwaltung darauf Rücksicht, ihnen wenn
möglich einen Zuschuß zu gewähren. Wir werden also diese schwierige
Lage unangenehm zu einer Lösung zu bringen suchen.

Zu Titel 2: Zuschuß für die Universität Berlin
1808 470 Mark, worunter sich auch 57000 Mark Dotation für
das orientalische Seminar befinden, spricht

Abg. Dr. Arendt (freikons.) seine Freude über die Errichtung
des orientalischen Seminars aus, das besonders in kommerzieller
Beziehung von Nutzen sein würde. Nur wünschte er in den Kreis
der am Seminar gelehrten Sprachen auch die Lautsprache auf-
genommen zu sehen.

Minister Dr. v. Gopler: Das Seminar muß allerdings eine
gewisse Organisationskraft besitzen. Zunächst sind wir aber der An-
sicht, daß für Afrika das Arabische vorläufig ausreicht. Die An-
regung des Redners wird indeß in wohlwollende Erwägung ge-
zogen werden.

Der Titel wird bewilligt, gleichzeitig vom Extraordinarium

Titel 2: zur Errichtung eines Seminars für orientalische
Sprachen 30 000 M.
An Kap. 120: Höhere Lehranstalten richtet Abg. Seffarth
(Magdeburg) die Frage an die Regierung, wie es mit den Pension-
verhältnissen derjenigen Lehrer gehalten werden soll, welche nicht
unter das Gesetz von 1885 fallen.

Minister Dr. v. Gopler: Ueber diese Frage liegt der Unter-
richtskommission eine Petition vor. Leider sind die Verhandlungen
über die Sache im Ministerium noch zu keinem Abschluß gelangt.
Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Titel 23 des Kapitels Elementarschulen, Schul-
ausgaben 823 000 M. weist

Abg. Frhr. v. Lyncker (kons.) darauf hin, daß in seiner
Heimath den Gemeinden oft bedeutende Kosten daraus entstünden,
daß sie das zum Schulbetrieb angemessene Holz aus weiter Ent-
fernung oft bis zu 28, 29, ja 30 Km. heranschaffen müßten. Es
empfahle sich daher eine Veränderung in dem bisherigen System.
Im besten sei es, zur Kohle und zum Torf überzugehen. Redner
klagt ferner über die in seiner Heimath herrschende Uneinigkeit
zwischen Lehrern und Gemeinden. Letztere seien durchgängig arm,
während für die Lehrer verhältnismäßig gut gesorgt sei.

Gebiet der la Croix sagt den Wünschen des Vorredners
thunlichste Berücksichtigung seitens der Unterrichtsverwaltung zu.
Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 27: Besoldung und Zuschüsse für Lehrer 2.

12 799 144 M., wünscht
Abg. Knabrecht (nl.) einen Zuschuß für den Küsterdienst an
ältere Lehrer, damit diese nicht, wie bisher, den Küsterdienst nur
als Plage betrachten.

Der Titel wird bewilligt.

Ueber Titel 28: Zur Ergänzung der Fonds bezieht besonderer
Förderung des deutschen Volksschulwesens in Westpreußen und
Posen, sowie im Regierungsbezirk Oppeln 400 000 M., findet auf
Antrag des Abg. v. Jagdzewski eine besondere Abstimmung statt.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 29a: Unterstützung für angesehene Elementar-
lehrer und Lehrerinnen 808 000 M. beantragt Abg. Andrie
(fr.) Einstellung eines besonderen Zuschusses für solche emeritirte
Lehrer, die bereits vor dem neuen Pensiongesetz in den Ruhestand
getreten seien.

Minister Dr. v. Gopler erklärt, daß die Annahme des An-
trags Andrie etwa 308 000 M. erfordern würde. Es handle sich
daher um keine Kleinigkeit.

Abg. Frhr. v. Reditz (freikons.) beantragt Verweisung dieses
Antrags an die Budgetkommission. Die finanzielle Seite sei von
großer Bedeutung. Die Partei des Antragstellers habe oft Un-
träge gestellt, die Forderungen an die Staatskasse enthielten. Aber
sie sei nie bereit gewesen, die erforderlichen finanziellen Mittel zu
bewilligen.

Ayuntamiento de Madrid